

Björn Kietzmann

Kein Baum ist egal

Ein Bildband über die Klimaschutz-
proteste am Dannenröder Wald

Ein zeitgeschichtliches Ereignis

Einleitung des Fotografen

Um die umfangreichen Rodungen für den Weiterbau der Autobahn A49 zu verhindern, besetzten Umwelt- und Klimaschützer*innen im Herbst 2019 zunächst den Dannenröder Wald und später auch den Maulbacher Wald sowie den Herrenwald. Der "Danni", wie die Aktivist*innen den Dannenröder Wald liebevoll nennen, wurde zum Symbol im Kampf für eine grundlegende Verkehrswende und für Klimaschutz. Nach einem Jahr Besetzung begann Anfang Oktober 2020 einer der größten Polizeieinsätze der hessischen Landesgeschichte. Tausende Polizeikräfte räumten monatelang hunderte Barrikaden, Baumhäuser und Plattformen. Bundesweit und international kam es zu zahlreichen Solidaritätsaktionen.

Die zeitnahe Umsetzung der ökologischen Verkehrswende ist eine Mammutaufgabe: Im Jahr 2020 kamen in Deutschland statistisch auf 1000 volljährige Einwohner*innen 837 zugelassene Kraftfahrzeuge. Während in (größeren) Städten und Ballungsgebieten bestehende ÖPNV-Angebote den Verzicht auf ein Auto gut möglich machen, ist dies im strukturschwachen ländlichen Raum bislang in der Regel nicht gegeben. Hier sind viele Menschen auf einen motorisierten Individualverkehr angewiesen, da Alternativangebote fehlen.

Einen Wald zu besetzen damit dort keine Autobahn gebaut wird, brachte die Verkehrswende-Proteste in Deutschland auf eine neue Stufe. Anders als bei Demonstrationen in deren Rahmen zum Beispiel zwischenzeitig Kreuzungen blockiert werden, um ein Zeichen für auto-

freie Städte zu setzen, kam es hier nicht zu einer direkten Konfrontation mit einzelnen Autofahrer*innen. Stattdessen warfen die Aktivist*innen die nötige und berechtigte Frage auf, ob es angesichts des Klimawandels nach wie vor zeitgemäß ist, große Schneisen mitten durch alte, intakte Waldsysteme zu schlagen, um eine Autobahn weiterzubauen.

Diese moralische Frage steht nun im Raum und wird sicherlich eine Rolle bei der Planung zukünftiger Verkehrsinfrastrukturprojekte spielen. Schlicht und einfach, weil die jeweiligen Verantwortlichen sich fragen werden, ob sie vergleichbare Proteste auch gegen ihr Projekt hervorrufen wollen oder ob es einen harmonischeren Weg geben kann.

Von überregionalem Interesse ist zudem das Dilemma, in dem sich die (hessische) Grüne Partei befand, dessen mittel- und langfristige Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Als Teil der schwarz-grünen Landesregierung standen die Grünen vor der Wahl zwischen einem möglichen Bruch der Regierungskoalition und der Gefahr eines Zerwürfnisses mit einem Teil ihrer Basis und Stammwähler*innenschaft. Die Wahl zugunsten des Koalitionsfriedens führte zu einem offen ausgetragenen Konflikt mit Akteur*innen und Unterstützer*innen der Dannenröder Wald Proteste.

Insbesondere der hessische Verkehrsminister und Vizeministerpräsident Tarek Al-Wazir stand im Zentrum der Kritik. Gebetsmühlenartig beteuerte der Grünen Politiker, dass er schon immer gegen die

Autobahn gewesen sei, jedoch als Minister rechtlich bindende Beschlüsse umsetzen müsse. Ein Baustopp oder Moratorium hätte laut Al-Wazir nur durch die Bundesregierung veranlasst werden können. Eine im Oktober 2020 von Greenpeace veröffentlichte rechtliche Analyse, wie auch eine im Dezember veröffentlichte Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages widersprechen seiner Rechtsauffassung. Beide Gutachten kommen zu dem Schluss, dass die hessische Landesregierung Handlungsoptionen gehabt hätte, da sich alleine aus einem Planfeststellungsbeschluss keine Verpflichtung

zur Durchführung des Autobahn-Weiterbaus ableiten lässt.

Zwischen September und Dezember 2020 dokumentierte ich Proteste und Räumungen im Dannenröder Wald, im Herrenwald und Maulbacher Wald. Der Konflikt ist aus meiner Sicht keineswegs nur ein regionaler Streit um 42km Autobahn, sondern ein zentrales zeitgeschichtliches Protestereignis, welches von zahlreichen Einzelpersonen, Organisationen, Kampagnen und Initiativen der Klimaschutz-Bewegung getragen wurde.



*Der freie Journalist und Fotograf Björn Kietzmann (*1980), studierte Politik- und Sozialwissenschaften in Wuppertal, Jena und Berlin. Viele seiner Arbeiten beschäftigen sich mit gesellschaftlichen, politischen und sozialen Themen. Seine Reportage „Generation Trauma“ über Kinder in Syrien, die er zusammen mit Ruben Neugebauer fotografierte, wurde für das UNICEF-Foto des Jahres 2013 nominiert. Kietzmans Fotos wurden in zahlreichen Medien veröffentlicht - darunter Stern, TIME, Paris Match, Der Spiegel, El País, taz, La Repubblica, The Times und die Neue Züricher Zeitung. Nach vielen Jahren in Berlin lebt er inzwischen im Rheinland.*































